

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1903

9.4.1903 (No. 98)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 9. April.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einzugsgebühr: die gepaltene Petition oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.

N^o 98.

Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keine Verantwortung für irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1903.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 31. März d. J. gnädigst geruht, den Maler Professor Wilhelm Trübner in Frankfurt a. M. zum Professor an der Meißnerabteilung der Akademie der bildenden Künste dahier zu ernennen.

Mit Entschliebung des Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten vom 1. April d. J. wurden die Betriebssekretäre Georg Lichtenberger und Georg Zipse bei der königlich preussischen und Großherzoglich Hessischen Eisenbahndirektion Mainz zu Revisoren bei dieser Stelle ernannt.

Dicht-Amtlicher Teil.

* Das Deutsche Reich und der Dreyfushandel.

Der Verlauf der neuesten Dreyfusdebatten in der französischen Deputiertenkammer läßt die Wiederaufnahme der Angelegenheit, die so viel Unheil über Frankreich gebracht hat, erwarten. Für die deutsche Publizistik scheidet dabei die Person des ehemaligen französischen Hauptmanns aus dem Rahmen der Erörterung, die vollständig durch Betrachtungen über die neuerdings ins hellste Licht gerückte Fälschung einer kaiserlichen handschriftlichen Kundgebung in Anspruch genommen wird. Es zeigt sich wieder, wie gewissenlos französische Politiker und Offiziere den Frieden des eigenen Landes aufs Spiel gesetzt haben, um ihre öffentlichen Stellungen behaupten zu können. Die Verhandlungen der Deputiertenkammer fordern zu einem kurzen erklärenden Rückblick auf, um die Stellung des Deutschen Reiches im Dreyfushandel zu kennzeichnen. Es war am 8. August 1899, am Tage vor der Urteilsfällung im Prozeß von Rennes, als der „Deutsche Reichsanzeiger“ folgende amtliche Erklärung des Deutschen Auswärtigen Amtes veröffentlichte:

„Wir sind ermächtigt, nachstehend die Erklärungen zu wiederholen, welche hinsichtlich des französischen Hauptmanns Dreyfus die kaiserliche Regierung bei loyaler Beobachtung der Angelegenheit zur Wahrung ihrer eigenen Würde und zur Erfüllung einer Pflicht der Gerechtigkeit gegeben hat. Votchschafter Graf Münster gab auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers im Dezember 1894 und im Januar 1895 dem Minister des Auswärtigen Hanotaux, dem Ministerpräsidenten Dupuy und dem Präsidenten der Republik, Casimir-Perier, wiederholt Erklärungen dahin ab, daß die kaiserliche Botschaft in Frankreich niemals weder direkt noch indirekt irgend welche Beziehungen zum Hauptmann Dreyfus unterhalten habe. Staatssekretär v. Bülow gab am 24. Januar 1898 in der Budgetkommission des Reichstags die Erklärung ab: Ich erkläre auf das allerbestimmteste, daß zwischen dem gegenwärtig auf der Teufelsinsel befindlichen französischen Kapitän Dreyfus und uns Beziehungen oder Verbindungen irgend welcher Art niemals bestanden haben.“

Die amtliche Erklärung des „Reichsanzeigers“ brachte ja eigentlich nichts Neues. Daß sie aber in dem Augenblicke erfolgte, in dem das Kriegsgericht berufen war, das letzte Wort zu sprechen, bewies, daß die verantwortliche Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten, trotz der wenig ermunternden Erfahrungen, die sie mit der öffentlichen Meinung und früheren amtlichen Stellen Frankreichs machen mußte, nicht zögern wollte, nochmals einen Versuch zu wagen, der volle Aufklärung über Deutschlands Nichtbeteiligung an dem Dreyfushandel in offizieller Form bringen konnte. In jenem entscheidenden Zeitpunkt war ein Monat verflossen, seit vor dem Kriegsgerichte in Rennes der merkwürdigste und aufregendste aller Strafprozesse des vorigen Jahrhunderts begonnen hatte. Bis in die letzten Tage hatten sich die Zwischenfälle gehäuft. Nach dem plötzlichen Auftreten des Kronzeugen Cernuschi erklärte der Verteidiger Labori, durch die Ladung dieses Ausländers als Belastungszeugen sei auch die Verteidigung der bisher beobachteten Rückficht entbunden, auf das Zeugnis von Ausländern zu verzichten. Er brachte daher den Antrag ein, es sei im diplomatischen Wege an die Regierungen, die sich im Besitze der im Vorderau angeführten und den Gegenstand des Verrates bil-

denden Schriftstücke befinden, das Ersuchen um Vorlage dieser Schriftstücke an das Kriegsgericht zu stellen. Zugleich teilte er mit, daß die Verteidigung den deutschen Militärattaché Obersten v. Schwarzkoppen und den italienischen Militärattaché Obersten v. Panizzardi als Entlastungszeugen führe und deren Ladung vor das Kriegsgericht in Rennes begehre. Der Antrag, die Auslieferung der verräterischen Schriftstücke zu begehren, wurde durch Beschluß des Kriegsgerichtes noch in derselben Sitzung zurückgewiesen, der andere Antrag wegen Vorladung der beiden Militärattachés wurde aber sogar von dem die Angelegenheit vertretenden Regierungskommissar Carrière als ein solcher bezeichnet, gegen den er keine Einwendung erhebe. Der Prozeß war damit an einem entscheidenden Wendepunkte angelangt. Das Verbrechen, dessen Dreyfus angeklagt war, besteht bekanntlich darin, die in dem Vorderau angeführten Geheimnisse dem Obersten v. Schwarzkoppen ausgeliefert zu haben. Alles, was bis dahin dem Kriegsgericht vorgeführt wurde, waren Erzählungen über näher oder entfernter mit der Tat zusammenhängende Umstände, aus denen Schlüsse entweder zu gunsten oder zu ungunsten des Angeklagten gezogen werden konnten; die bestimmte Kenntnis der Wahrheit war nur bei dem deutschen Militärattaché zu finden. Die Spannung war daher ungeheuer. Wird Schwarzkoppen sich vernehmen lassen? Wird die deutsche Reichsregierung es ihm gestatten? Wird sie nicht befürchten, daß nach der vollständigen Ignorierung der im Reichstage vom Grafen Bülow abgegebenen Erklärung, daß Deutschland keinerlei mittelbare oder unmittelbare Beziehung zu Dreyfus gehabt habe, auch das Zeugnis Schwarzkopps mißachtet würde? Alle Welt beschäftigte sich mit diesen Fragen und erwartete mit Ungeduld ihre Beantwortung. Da geschah wieder das Unerwartete! Oberst Jouaust, der Präsident des Kriegsgerichtes, erklärte, kraft seiner diskretionären Gewalt verfüge er, daß die Vernehmung nicht stattzufinden habe, und das Kriegsgericht bestätigte diese Verfügung durch seinen Beschluß. Alles, was man in diesem Prozeße schon an Ungeheuerlichkeiten erlebt hatte: die Dossiers, die von Fälschungen wimmeln, die Generale, die jeden Augenblick falscher Aussagen überwiesen wurden, der Verteidiger, der im Anfang der Verhandlung durch einen Schuß in den Rücken unfähig gemacht ward, sein Amt auszuüben, alles wurde durch diesen Beschluß des Gerichts übertroffen. Dieser beabsichtigten Verdunkelung des Tatbestandes und allen heraus erwachsenden Folgen ist damals die deutsche Reichsregierung in entscheidender Stunde mit einer jeden Zweifel ein für allemal ausschließenden Klarheit und Entschiedenheit entgegengetreten. Es war die Befürchtung nicht abzuweisen, daß eine noch während des Zeugenverhörs erfolgte, neuerliche Erklärung der Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten zu Erörterungen im Gerichtssaale geführt haben würde, die möglicherweise einen Rückschlag auf unsere Beziehungen zur französischen Republik zur Folge hätten haben können. Es entsprach der Friedenspolitik des Kaisers, daß die Form der wiederholt von der Reichsregierung unternommenen Schritte eine Trübung unserer politischen Beziehungen zum Nachbarstaate von vornherein ausschloß und daß die Wahl des Zeitpunktes, in dem die durch den „Reichsanzeiger“ publizierte Erklärung unseres Auswärtigen Amtes erfolgen sollte, durch die Rücksicht auf die Erhaltung des bisherigen freundschaftlichen Verhältnisses zu Frankreich bestimmt wurde. Seither hat die nationalitätliche Presse immer wieder versucht, Mißtrauen gegen die Haltung unserer amtlichen Stellen zu erregen; nach den soeben beendigten Verhandlungen der Deputiertenkammer werden auch diese Versuche in Zukunft unterbleiben müssen.

Wir lassen den Bericht über die gestrige Kammer Sitzung nachstehend folgen:

* Paris, 7. April. Deputiertenkammer. Saal und Tribünen sind stark besetzt, es herrscht lebhaftes Erregung. Jaurès nimmt die gestern abgebrochene Rede unter lebhaften Zwischenrufen der Rechten wieder auf. Redner beklagt, daß der Brief Pellieux' nicht dem Verteidiger Dreyfus' mitgeteilt sei und führt aus wie General Mercier nach der Fälschung Henrys das System mit dem falschen Briefe des Deutschen Kaisers sich zu eigen machte und wie er dieses System in der nationalitätlichen Presse weiterverbreitete. Wenn Cabagnac behauptet, der Brief des Generals Pellieux sei nicht neues, so habe er Unrecht. Zwar ist von einer Zeitung am 3. September 1898 eine Unterredung wiedergegeben worden, worin dieser Brief erwähnt wurde, aber die bedeutungsvollen Stellen des Briefes fehlten in jener Unterredung. Pellieux ist vom Kassationshofe nicht als Zeuge vernommen worden. Das Geständnis des Obersten v. Henry (30. August 1898) hatte dem gefälligen Kaiserbrief eine neue Wichtigkeit gegeben; um eine Erklärung dafür

zu haben, weshalb man diesen Brief nicht öffentlich zeigte, mußte man ihn außerordentlich bedeutungsvoll hinstellen. Das sah General Mercier wohl ein. Er macht zwei Tage nach dem Geständnis Henrys aus dem falschen Brief seine Hauptwaffe, und die ganze nationalitätliche Presse folgte dem Beispiel. Am 7. Dezember brachte die „Kölnische Zeitung“ eine halbamtliche Meldung, worin erklärt wurde, es könne sich bei dem angeblichen Kaiserbriefe nur um eine Fälschung handeln, und nichts rechtfertige die in Frankreich in Umlauf gesetzten Gerüchte, daß eine Kriegsgefahr vorliege. Man darf gewiß bedauern, daß unser Generalstab sich in eine Lage berufen hatte, wo ihm das Ausland eine solche Lehre des Takttes erteilen mußte. Die „Croix“ hat dann in niederträchtigster Weise versucht, die diplomatischen Mißverständnisse von 1894 auszubenten. Der Schritt, den Graf Münster beim Präsidenten der Republik tat, wurde ausgeschaltet. Als Casimir-Perier im Jolaprozesse erklärte, seine Pflicht hindere ihn, die ganze Wahrheit zu sagen, da benutzte die klerikale Partei diese Zurückhaltung, um die Legende vom Kaiserbriefe weiter zu verbreiten. Am 28. September 1898 berichtete die „Croix“, Casimir-Perier habe im engeren Freundeskreise sich dahin geäußert, daß „Graf Münster aufgebracht sei“, denn man habe das aus der Botschaft verschwunden gewesene Schriftstück zwar zurückgegeben, aber vorher photographiert, und so besäße man den Namen des Kaisers und den des Dreyfus. So suchte man die Wirkung der Fälschung Henrys abzuschwächen und das Revisionskabinett Deffon zu bekämpfen. (Lärm und Widerspruch rechts.) Pugliesi-Conti (Nationalist): Sprechen Sie doch von Urbain-Gohier und seinem Umfall! Sie sind ein schlechter Vaterlandsfreund! (Pugliesi erhält einen Ordnungsruf.) Abg. Jaurès: Nun verleugnen Sie also die Presse, deren Sie sich damals bedient haben! Eine Partei, die das tut, verleugnet sich selbst! Welch ein Triumph für mich, mit anzuhören, wie Sie toben, wenn ich Ihre eigene Presse zitiere. Das ist die Verleugnung der Oppositionspresse. Lebernimmt die Opposition die Verantwortung für ihre Presse? Ja oder nein! Als das Vorderau von dem Kassationshofe Esterhazy zugesprochen wurde, fühlten sich die Generalskassen in ihrem Gewissen beunruhigt und sie begannen von neuem die Erzählung des mit der kaiserlichen Anmerkung versehenen Vorderaus zu verbreiten und die Photographie davon herumzureichen. General Mercier ist zwei Jahre lang damit solportieren gegangen. So hat man die Legende auch von Mund zu Mund in der Gesellschaft verbreitet. Diese doppelte Propaganda, in der Presse und in der Gesellschaft, stellte Mercier am Vorabend des Prozesses von Rennes vor ein dramatisches Problem; es war der Antrag gestellt worden, ihn in Anklagezustand zu versetzen. Die Kammer aber hatte entschieden, ihren Beschluß über den Antrag bis nach dem Prozeße zu vertagen, so daß Mercier darauf angewiesen war, die Bestätigung des ersten kriegsgerichtlichen Urteils zu erzielen. Er fragte sich, ob er sich des Kaiserbriefes bedienen solle oder nicht. Am 3. August 1899 brachte Ferlet de Voulevre einen Artikel zum „Veit Caporal“, der das ganze auf die Verwendung des Kaiserbriefes gestützte Anklagesystem enthielt. Das Blatt kündigte die Veröffentlichung lärmend an, sie erfolgte aber nicht. Mercier selbst zog den Artikel wieder zurück. Woher dieses Schwanken? Weil Mercier sich vorbehalten wollte, je nach Verlauf der Verhandlungen in Rennes, einen öffentlichen oder einen diskreteren Gebrauch von dem falschen Schriftstück zu machen. In Rennes konnte er dann das Vorderau nicht vorlegen, weil er auf die Erklärungen Casimir-Periers stieß, aber er versicherte, der Deutsche Kaiser stehe mit den Hauptern seiner Spionage im Briefwechsel. Er versicherte, der Krieg habe in bezug auf das Vorderau vor der Tür gestanden, und jedenfalls sei Dreyfus der Urheber des Original-Vorderaus. Jaurès zeigt dann, daß noch während des Prozesses das Mitglied des Kriegsgerichtes de Breon, der Dreyfus gütig war, durch einen anderen Offizier, Villebois-Mareuil, und dessen Beichtvater bearbeitet wurde. Er ruft dazu das Zeugnis Sychetons selbst an.

Abg. Sycheton: Villebois-Mareuil war ein Vetter de Breons; es ist also nicht wunderbar, daß man beide während des Prozesses in einem Gasthause beisammen gesehen hat.

Jaurès: Der Tag wird kommen, wo die Richter von Rennes erklären, warum sie so geurteilt haben, wie es geschehen ist. Selbst wenn das Märchen von dem Schreiben des Deutschen Kaisers keinen Einfluß auf die Richter von Rennes gehabt hätte, würde die Verantwortlichkeit in politischer Hinsicht bestehen bleiben. Allein man hat schon etwas über diesen Einfluß gestammelt. Dr. Dumas bezeugt, daß er ein Mitglied des Kriegsgerichtes, den Major Merle, gefragt, ob er an der Schuld von Dreyfus gezweifelt habe. Merle erwiderte, nur die Richter hätten sich eine Ueberzeugung bilden können, er könne aber nicht angeben, auf welche Beweismittel hin er sich seine Ueberzeugung gebildet habe. Später äußerte er sich: „Derr Doktor, Sie werden wohl zugeben, daß man getäuscht werden und doch guten Glaubens sein kann.“ Am 25. Dezember 1900 erzählte Rochefort die Geschichte von dem mit Handbemerkungen versehenen Vorderau und erbot den Beweis dafür. Er handelte in gutem Glauben, denn der Generalstab hatte ihm die Geschichte von dem „Briefe des Kaisers“ zugezogen, um ihn zu gewinnen. Er war also das erste Opfer des Betrugs. Die Republikaner, die nun wissen, wie der Brief de Pellieux weggezaubert und das „Schreiben des Kaisers“ im Nachrichtenamt des Generalstabs angefertigt wurde, haben die Pflicht, von der republikanischen Regierung zu verlangen, daß sie untersucht, wie das alles geschehen konnte. Sie müssen durch einen deutlichen Beschluß das scheußliche Verleumdungssystem verurteilen, das man gegen die Republik gerichtet hat. Die Weltgeschichte würde vor einem solchen Skandal starr stehen, es wäre eine Schande für die Vernunft und das Gewissen. (Lebhafte Beifall links. Unruhe rechts.)

Kriegsminister General André: Die Regierung will die Erkundung der Wahrheit auf jede Weise erleichtern. Die Ehre der Armee wird durch die heute besprochene Angelegenheit nicht berührt. (Beifall.) Es sind oft Verurteilungen gegen Offiziere ergangen, allein niemals habe ich deren erlebt, die ge-

(Mit einer Beilage.)

meiner Verbrennen getroffen hätten. Ich will Herrn Jaurès nicht in all seinen Ausführungen folgen und halte mich an das letzte Urteil des Kriegsgerichts. (Beifall auf verschiedenen Banken.) Ich erkenne jedoch an, daß das Rechtsbewußtsein der Bevölkerung durch die Zuspredung mildernder Umstände bei einem Verbrechen dieser Art fessam erregt worden ist. Ich nehme also die objektive Wahrheit an, aber ich verziehe die Anrede mancher Mitglieder dieses Hauses. Der Brief des Generals de Pellieux wird mitgeteilt werden, die übrigen Aktenstücke werden in dem Maß bekannt gegeben werden, als es die Regierung für möglich hält. Der Brief Pellieux ist dem General wieder zurückgestellt worden. Er war an den damaligen Militärgouverneur von Paris, Jurlinden, gerichtet gewesen, der ihn an den Kriegsminister weiter gab. Diefem hatte er inzwischen davon gesprochen. Er sagte dem Minister, es sei überflüssig, de Pellieux zu sich zu befehlen. Die Regierung übernimmt die Verantwortlichkeit, die ihr obliegt, und wird eine Untersuchung auf dem Verwaltungsweg einleiten, wobei ich zur Prüfung der Akten eine Anzahl Juristen zuziehen werde.

Kranz (Rechtsrepublikaner) gibt an, unter welchen Umständen der Kriegsminister, der im Juni 1899 im Amt war, von dem Briefe de Pellieux Kenntnis erhalten hat. Das Ergebnis war, daß er, Kranz, als Kriegsminister sich weigerte, de Pellieux zu verlesen.

Cavaignac übernimmt die Verantwortung für alles, was vorgekommen ist. Ich konnte als Kriegsminister nichts weiter tun, als den Brief unbeachtet zu lassen. Es steht fest, daß General de Pellieux seinen Brief nach drei Tagen zurückgezogen hat. Deshalb befindet sich das Schriftstück nicht unter den Akten. Aber berichtet worden ist es niemals, wie Herr Jurlinden sich nicht geübt hat, es zu behaupten. Jaurès hat schon früher von dieser Urkunde herab Worte der nationalen Abdankung gesprochen. Jetzt bezweckt er die völlige nationale Auflösung. Er greift das Meer an und will so das Werkzeug zerbrechen, das Frankreich groß gemacht hat. Wir werden ihm entschlossenen Widerstand leisten.

Jaurès: Ich falle auf diese Abschweifungen nicht herein. Es sind die verzweifeltsten Kämpfe eines Mannes, der in den letzten Tagen liegt.

Briffon: Ich stelle erzieht fest, daß Cavaignac diesen Brief mir nicht mitgeteilt, und zweitens, daß Pellieux erst nach einer Unterredung mit Cavaignac seine Entlassung zurückgenommen hat.

Cavaignac: Jurlinden hat mir geschrieben und erzählt, wie die Dinge verlaufen sind. Ich erkläre aber, daß, wenn Pellieux zu mir gekommen wäre, ich genau das in Wirklichkeit getan hätte, was Sie mir vorwerfen.

Lafies (Antisemit) bringt die Depesche Panizzardi zur Sprache. Ich habe im Dezember 1900 von Guignet unaufgefordert folgenden Brief erhalten: „Die Depesche Panizzardi bringt das förmliche Eingeständnis der Schuld des Dreyfus und der Mitwisserschaft des italienischen Spions. . . Dupuy, der die Wahrheit kannte, hat geschwiegen. . . Ich bin außer Dienst, weil ich die Wahrheit bekann geben wollte. Ich bin bereit, zu sagen, warum ich in Rennes nicht reden konnte, und warum ich jetzt reden will.“

de Pressensé (Sozialist): Ist es wahr, daß Guignet und Chanoin vor dem Kassationshof ein Protokoll unterzeichnet haben, in dem sie die Echtheit der Depesche Panizzardi anerkennen?

Lafies: Ich habe Delcassé darauf aufmerksam gemacht, daß er nur ein verstümmeltes Protokoll kennt. In dem anderen Protokoll wird ausdrücklich erklärt, daß die Schrift in der Depesche Panizzardi gefälscht sei.

de Pressensé: Wie kann von der Fälschung einer Schrift die Rede sein, da die Depesche chiffriert war?

Lafies: Adresse und Unterschrift waren nicht chiffriert. Das Protokoll, das Guignet und Chanoin unterzeichneten, beweist Dreyfus' Schuld. Als Guignet auf dem Mont Valerien erklärte, er habe ein Verbrechen entdeckt, da antwortete man ihm: Schweigen Sie, sonst werden wir Sie zum Karoismus zwingen!

Kriegsminister André: Das ist eine Interpellation an mich. Ich kann aber der Kammer nicht angeben, unter welchen Umständen Guignet bestraft worden ist.

Lafies: Wir nehmen den Kampf auf, den Jaurès zur Entfesselung der Kräfte des Sozialismus in Dienste jüdischer Missionen beginnen will. Jaurès hat einen Brief des Generals Pellieux angeführt. Er verhält aber, daß Pellieux an anderer Stelle von einer „verworfenen Kriminalkammer“ redet und hinzusetzt, Dreyfus habe eine Mitschuldigen.

Berichtshatter Beauregard erinnert daran, daß die Prüfung der Wahl Chevrons zur Beratung siehe.

Die Kammer erklärt mit 281 gegen 228 Stimmen die Wahl Chevrons für ungültig, geht zur Prüfung der Wahl des „sozialpatriotischen Republikaners“ Congh über; sie wird mit 293 gegen 192 Stimmen für gültig erklärt.

Außer der von Jaurès und Briffon eingebrachten Tagesordnung wurden noch von Baillant, Constant und Ribot Tagesordnungen eingebracht. Bei der Begründung seines Antrags, Uebergang zur einfachen Tagesordnung, führt Ribot aus, das Land wolle keine neue Dreyfusaffäre. Sollte die Angelegenheit aber doch wieder von den Gerichten ausgenommen werden, so wolle er, Redner, sich nicht widersetzen. Die Angelegenheit aber vor das Parlament bringen, unter Entfesselung aller politischen Leidenschaften, hieße die Justiz verlegen.

Nach heftigen Ausfällen gegen den Kriegsminister André, der beschuldigt wird, mit den Sozialisten zu paktieren, beantragt Ribot die einfache Tagesordnung.

Ministerpräsident Combes weist diese zurück, weil Ribot die Frage auf das politische Gebiet hinübergezogen hatte.

Der Aditale Chautemps erklärt, er und seine Freunde hätten Jaurès nicht folgen wollen, sie wollten keine Ministerfraktion, aber wollten, daß der Fall Dreyfus abgeschlossen werde.

Eine neue Tagesordnung des Aditales Chautemps wird nach erneuter längerer Erörterung mit 250 gegen 75 Stimmen angenommen. Sie lautet: „Die Deputiertenkammer geht im Vertrauen auf die Regierung, und weil sie entschlossen ist, den Fall Dreyfus nicht aus den gesetzlichen Grenzen herausstreifen zu lassen, zur Tagesordnung über.“

Am 11 Uhr wird sodann die Kammer auf den 19. Mai vertagt.

Paris, 8. März. Die Ansichten in parlamentarischen Kreisen über die Folgen des getrigen Kammervotums gehen auseinander. Nach der einen werde General André trotz der Ablehnung der Resolutionen Jaurès und Briffon das Versprechen von der Einleitung einer administrativen Untersuchung unter allen Umständen halten müssen. Nach der anderen ist eine, die Dreyfusaffäre umfassende Enquête nunmehr infolge der von der Kammer beschlossenen Tagesordnung unmöglich; der Kriegsminister könnte höchstens Nachforschungen über die Umstände anstellen, unter denen das Entlassungsgeheuch des Generals Pellieux verhängen ist, und diese Nachforschungen könnten in keiner Weise zu der von Jaurès angestrebten neuen Revision der Dreyfusprozedur führen. Diese widersprechenden Auffassungen spiegeln sich auch in den Erörterungen der Blätter wieder. Der konservativ-nationalistische „Gaulois“ sagt: Jetzt sei die Dreyfusaffäre gründlich tot und eingeparkt. Für alle guten Franzosen sei das ein Sieg. Der nationalistische

„Intransigent“ dagegen ist der Ueberzeugung, daß der Kriegsminister die Untersuchung einleiten und die Akten dem Kassationshof übermitteln wird, der in aller Stille die Freipredigung Dreyfus verurteilen werde. — Die sozialistische „Petite République“ sagt, trotz Ribot und Cavaignac und trotz aller Fälschungen, habe die getrige Kammerfraktion zur Verbreitung des Lichtes und der Wahrheit beigetragen und es werde sicher der Tag kommen, wo Dreyfus rehabilitiert und die von dem früheren Generalstab begangenen Verbrechen gebrandmarkt werden. Mehrere antiministerielle Blätter sagen, die getrige Sitzung bedeute eine schwere Niederlage für Jaurès; ein Teil der Radikalen habe sich im Einvernehmen mit der Regierung von dem Joch der Sozialisten befreit; der Block der Mehrheit sei erschüttert.

Französisch-englische Annäherung.

SRK. Berlin, 7. April.

König Eduards Besuch in Paris, der nunmehr als sicher gilt, ist gewiß eine Freude, die den Beteiligten von allen billig denkenden Politikern in Deutschland neidlos gegönnt wird. Die „Times“ hat ganz Recht, wenn sie schreibt, daß bessere Beziehungen zwischen England und Frankreich dem Reich und den legitimen Interessen Deutschlands keinen Eintrag tun. Wenn aber das Cityblatt weiter meint, „die Deutschen“ suchten das zwischen London und Paris bestehende gute Einvernehmen zu stören, so erinnert dies an die bekannte Verallgemeinerung des reisenden Engländers in Calais: „Die Einwohner dieser Stadt haben rote Haare, stottern und sind sehr grob“. Es mag ja bei uns sonderbare Klänge geben, die sich einbilden, die deutsche Politik könne von englisch-französischen oder franko-russischen Mißverständnissen leben und habe von der Herbeiführung oder Ausbeutung solcher gelegentlicher Vorkommnisse Wunder was zu erwarten. Aber nicht bloß die amtlich verantwortlichen, sondern alle besonnenen Kreise Deutschlands wissen sich in diesem Punkte frei von Illusionen. Sie haben den jüngsten, vom „Journal de St. Petersburg“ konfektierten Vorstoß der „Nowoje Wremja“ gegen die französische Orientpolitik den innerhalb des Zweibundes schon öfters wahrgenommenen kleinen Häfelein beigezählt, für die der Ausdruck des alten Komikers gilt: amantium irae amoris redintegratio. Daneben sind über den belanglosen Zwischenfall freilich einigen deutschen Blättern unbedachte Urteile entschlüpft. Aber Derartiges passiert ja auch der englischen Presse Tag für Tag. Wir können alles kompensieren und behalten noch ein Guthaben jenseits des Kanals. Vergebens müht die „Times“ sich ab, „die Deutschen“ oder auch die deutschen Zeitungen in Wusch und Wogen aus europäische Störenfriede anzuschwärzen. Die Klage der Gracchen über den Aufruhr kann niemanden täuschen. Für eine derartig organisierte internationale Verleumdungsanstalt gegen Deutschland, wie sie sich in London unter dem Beifall der „Times“ um die „National Review“ gruppiert, haben wir ein anti-englisches Gegenstück bei uns überhaupt nicht aufzuweisen. In den Tagen, wo König Eduard auf französischem Boden weilt, werden an der Themse wie an der Seine unsere bewährten Gegner ihre Erfindungen bis zum Karoismus treiben. Ein englisch-französisches Schutz- und Trutzbündnis gegen Deutschland dürfte das Mindeste sein, was man den beiderseitigen Zeitungspolitikern aufbinden wird. Wir tun gut, uns gegen diese unvermeidlichen publizistischen Begleitercheinungen der Zusammenkunft König Eduards mit dem Präsidenten Loubet bei Zeiten in die Stimmung des nil admirari zu versetzen. Die englischen Staatsmänner stehen solchen Ueberreibungen fern; sie haben auch die Pariser Heise König Eduards für ihre deutschen Kollegen nicht zu einer Ueberraschung machen lassen, die diese erst aus der englischen oder französischen Presse hätten erfahren müssen.

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 8. April.

Seine königliche Hoheit der Großherzog arbeitet heute vormittag einige Stunden und nahm dann den Vortrag des Geheimrats Dr. Freiherrn von Vabo entgegen. Vorher meldete sich der Hauptmann Degen vom Niederschlesischen Pionierbataillon Nr. 5, bisher in der III. Ingenieur-Inspektion.

Zm Laufe des Nachmittags hörte Seine königliche Hoheit den Vortrag des Legationsrats Dr. Seyb. Um 6 Uhr wohnten die Höchsten Herrschaften der Abendandacht in der Schloßkirche an, bei welcher Hofdiakon D. Frommel die Ansprache hielt.

Die Rekonvaleszenz Seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen Karl erleidet dadurch eine Verzögerung, daß stets gegen Abend noch leichtes Fieber auftritt; doch kann der Hohe Kranke seit vier Tagen täglich für kurze Zeit das Bett verlassen.

gez. Dr. Battlehner.

** Bei der Landesversicherungsanstalt Baden sind im Monat März 1903 612 Rentengesuche (33 Alters- und 579 Invaliden- bzw. Krankenrentengesuche) eingereicht und 535 Renten (27 + 494 + 14) bewilligt worden. Es wurden 39 Gesuche (2 + 37) abgelehnt, 384 (16 + 368) blieben unerledigt. Außerdem wurden im schiedsgerichtlichen Verfahren — Alters-, 2 Invaliden- und — Krankenrenten zuerkannt. Bis Ende März sind im ganzen 37 543 Renten (8716 Alters-, 28 167 Invaliden- und 660 Krankenrenten) bewilligt bzw. zuerkannt worden. Davon kamen wieder in Begfall: 16 966 (5143 + 11 813 + 510), so daß auf 1. April 1903: 20 577 Rentenempfänger vorhanden sind (3573 Alters-, 16 854 Invaliden- und 150 Krankenrentner). Verglichen mit dem 1. März 1903 hat sich die Zahl der Rentenempfänger ver-

mehrt um 262 (— 24 Alters-, 294 Invaliden- und — 8 Krankenrentner). Die Rentenempfänger beziehen Renten im Gesamtjahresbetrage von 2 832 536 M. 55 Pf. (mehr seit 1. März 1903 41 015 M. 74 Pf.). Der Jahresbetrag für die im Monat März bewilligten 27 Altersrenten berechnet sich auf 4249 M. 20 Pf., für 496 Invalidenrenten auf 76 069 M. 20 Pfennig, und für 14 Krankenrenten auf 2266 M. 20 Pf., somit Durchschnitt für eine Altersrente 157 M. 04 Pf., für eine Invalidenrente 153 M. 37 Pf., für eine Krankenrente 161 M. 87 Pf. Für sämtliche bis 1. Januar 1903 bewilligten Renten betrug der durchschnittliche Jahresbetrag einer Altersrente 134 M. 81 Pf., einer Invalidenrente 137 M. 35 Pf., einer Krankenrente 152 M. 52 Pf. Beitragsverpflichtungen wurden im Monat März 1903 angewiesen: infolge Heirat weiblicher Versicherter in 350 Fällen 13 099 M., infolge Todes weiblicher Personen in 71 Fällen 4732 M., infolge Unfalls versicherter Personen in einem Fall 78 M.

* Auf Grund der Vorschriften und B. 5 der Normativbestimmungen über die Veräußerung und Verpachtung des domänenärztlichen landwirtschaftlich genutzten Grundbesitzes vom 20. Juni 1894 sind im Jahre 1902 von 807,4088 Hektar zur Neuverpachtung gekommen domänenärztlichen Grundstücken 589,9493 Hektar, also 73,06 Prozent für eine weitere Pachtperiode an die bisherigen Pächter um den Anschlag aus der Hand überlassen worden. Der Pachtzins für die aus der Hand abgegebenen Grundstücke beläuft sich für das Jahr zusammen auf 49 029 M. oder für 1 Hektar auf 83 M. 10 Pf. Gegenüber dem bisherigen Pachtzins von 52 818 M. 02 Pf. ergibt sich somit eine Ermäßigung von 7,17 Prozent.

* (Matthäus-Passion.) Wie aus den öffentlichen Anzeigen ersichtlich ist, wird zwischen dem ersten und zweiten Teil der Passionsaufführung eine große Erholungsperiode stattfinden. Der Anfang des zweiten Teils wird durch einen, von Blechinstrumenten gelassenen Choral angezeit werden. Es ist Sorge getragen, daß dieses Zeichen sowohl in den Nebenräumen der Festhalle, als auch im Stadtgarten hörbar sein wird.

* (Dreiprozentige deutsche Reichsanleihe.) Zeichnungen nehmen in Karlsruhe entgegen (am 17. April von 9 Uhr morgens bis 1 Uhr mittags): Reichsbankstelle. — Filiale der Badischen Bank. — Filiale der Rheinischen Kreditbank. — Weitz & Homburger. — Obergemeinde Bank. — Alfred Seeligmann & Co. — Strauß & Co. Näheres in der Beilage.

* (Auf der „Ersten internationalen Ausstellung für moderne dekorative Kunst“ in Turin) wurde Herrn Manuel Wielandt für die von ihm ausgestellten Arbeiten von der Zentral-Jury das Ehren-diplom, als höchste Auszeichnung in der von ihm besetzten Kategorie, zuerkannt.

* (Generalversammlung des Militärvereins.) Am Samstag hielt im Saale der Brauerei Kammerer der Militärverein seine ordentliche Generalversammlung ab. Der 1. Vorsitzende, Herr Stadtrat Glaser, eröffnete die Versammlung und brachte im Anschluß hieran ein dreifaches Hurra aus auf das Kaiserliche und Großherzogliche Haus. Den Geschäftsbereich erstattete der Schriftführer, Herr Wehrle; demselben ward zu entnehmen, daß auch im abgelaufenen Vereinsjahr auf allen Gebieten seines Wirkens der Verein eine rege Tätigkeit entfaltet hat. Der Mitgliederstand hat sich auf der gleichen Höhe wie im Vorjahre erhalten, so daß der Verein in das neue Vereinsjahr mit 1182 ordentlichen, 5 außerordentlichen und 14 Ehrenmitgliedern tritt. Der Bericht gedachte ferner der im verflochtenen Jahre aus dem Leben geschiedenen Mitglieder, zu deren ehrenbarem Andenken die Anwesenden sich von ihren Sichen erhoben. Die vom Verein arrangierten Festlichkeiten hatten sich jeweils eines guten Besuchs zu erfreuen. Der Vorsitzende der Vergütungskommission, Herr Dr. Schwidop, entwickelte das Vergütungsprogramm für das neue Vereinsjahr. Den Kassenbericht erstattete der Kassier, Herr Revisor Häfner. Nach demselben befindet sich der Verein in geordneten Vermögensverhältnissen. Das Vermögen desselben beträgt 16 008,83 M. Trotz des geringen Beitrages war der Verein in der angenehmen Lage, für deren Unterstützungen an hilfsbedürftige Mitglieder und deren Hinterbliebenen 1194 M. im abgelaufenen Vereinsjahr zu verausgaben. Ueber den Stand der Bibliothek berichtete der Bibliothekar des Vereins, Herr Stab. Nachdem der 1. Vorstand den Verwaltungsbereich und der Vergütungskommission für ihre Mithaltung den Dank des Vereins zum Ausdruck gebracht hatte, wurde zu den satzungsmäßigen Neuwahlen geschritten. Gewählt wurden als 2. Vorstand Herr Rechnungsrat Schwabinger, als 3. Vorstand Herr Dr. Schwidop; ferner in den Vorstand die Herren Theodor Baumgärtner, Philipp Voss, August Häfner, Friedrich Hirth, Otmear Stab, Oskar Volk, Karl Wehrle und Hans Willi. Mit einem dreifachen Hurra auf die Kameradschaft schloß hierauf der Vorsitzende den offiziellen Teil der Versammlung.

* (Allgemeine Versorgungsanstalt — Karlsruhe Lebensversicherung.) Am 4. April fand im Anstaltsgebäude zu Karlsruhe eine sehr gut besuchte außerordentliche Generalversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Beschluß über den Entwurf einer Satzung auf Grund des Privatversicherungsgeheuch vom 12. Mai 1901; 2. Ermächtigung des Aufsichtsrats gemäß § 39 Abs. 2 und 3 des Privatversicherungsgeheuch. Die Anträge des Aufsichtsrats und der Direktion wurden einstimmig angenommen. Nach der neuen Satzung, die nunmehr zunächst noch der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörden bedarf, soll die Firma künftig lauten: „Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit vormals Allgemeine Versorgungsanstalt“. Die Organisation der Anstalt hat eine Aenderung dadurch erfahren, daß neben die Generalversammlung als zweites oberstes Organ ein aus 24 gewählten Mitgliedern bestehender Ausschuss tritt, in dem auch die auswärtigen Mitglieder entsprechend vertreten sein sollen.

* (Aus dem Polizeibericht.) Wegen Widerstand und Beleidigung wurde ein Sypser angezeigt, weil er Bahnbediensteten beim Barrenschluß keine Folge leistete und sie noch beschimpfte. — In der Westendstraße wurde ein Kaufmann wegen Betgehens gegen die Gewerbeordnung angezeigt, weil er, ohne hierzu berechtigt zu sein, Branntwein im Kleinen veräußerte. — Wegen Körperverletzung wurde ein Schmied angezeigt, der einem Studierenden eine Ohrfeige gab, daß ihm das Trommelfell zerplatzte. — Verhaftet wurde: ein stollenloser Schloffer, der seiner Logiswirtin eine Uhr stahl und ihr Darlehen in der Gesamthöhe von 120 M. abschwandte.

* Konstan, 7. April. Der Bürgerausschuß beschloß in seiner getrigen Sitzung auf Antrag des Stadtrats u. a., daß eine Driskranzenkaffe mit Ausschluß der Dienstboten, die in der Gemeindefrankenerversicherung verbleiben, errichtet, daß die Untere Laube, die bisher beim Landgericht endete, bis zum Rhein beim Pulverturm am neuen Oberrealschulgebäude vorbeifortgeführt und zu diesem Zweck die sogenannte „Defersmühle“ abgebrochen, daß zur Vertretung des Bürgermeisters als Gemeinderichter und Schiedsmann außer dem dienstältesten Stadtrat auch der Vorstand des städtischen Grundbuchamtes bestellt werde.

*** Kleine Nachrichten aus Baden.** Der Kaufpreis des von der Mannheimer Handelskammer für ihren Neubau erworbenen Grundstücks beträgt 70 500 M. Der Neubau soll am 1. Oktober 1904 bezogen werden können. — **Se. Erz. Wirkl. Geh. Rat v. Solleben,** früherer deutscher Botschafter in Washington, ist am Samstag Abend in Heidelberg eingetroffen und im Hotel „Prinz Karl“ abgeblieben. Wie das „Heidelb. Tgl.“ hört, beabsichtigt Herr von Solleben, sich in Heidelberg dauernd niederzulassen. — Das diesjährige Gaurnturnfest des Karlsruher Turnvereins findet am 5. Juli in Durlach statt. Mit dem Gaurnturnfest feiert der Turnverein Durlach sein 25jähriges Stiftungsfest. — Die in Durlach stattfindende Industrie- und Gewerbeausstellung wird am 1. Juli eröffnet werden. — In Oßern d. F. feiern in Nassau die Herren Hauptlehrer S. Brückle und C. Raible ihr 50jähriges Dienstjubiläum. — Der preussische Staatsminister Dr. Studt mit Gattin ist in Baden-Baden eingetroffen und im „Holländischen Hof“ abgeblieben. — In Bühlerthal brannte das Wohn- und Oekonomiehaus des Anton Friz bis auf den Grund nieder. — In Oberbaldingen brach in dem Wohn- und Oekonomiegebäude des Landwirts Christian Schmiedeburger am Montag Abend Feuer aus, durch welches das Anwesen gänzlich zerstört wurde. Der Schaden beträgt ungefähr 15 000 M. Als der Brandstiftung dringend verdächtig wurde der Besitzer verhaftet. Er soll anlässlich einer ehelichen Streitigkeit mit Brandstiftung gedroht haben. — Die Kreisversammlung in Furtwangen bewilligte zur Unterstüßung der hiesigen Urmacher- und Schmitzschule, wie bisher, 1000 M., sowie für Stipendien 1300 M. — Die im Jahre 1900 in St. Gallen gegründete Ziegenzüchtergenossenschaft steht in Hinblick auf die Zahl der Mitglieder und der eingetragenen Tiere unter 51 Ziegenzüchtergenossenschaften des Deutschen Reichs an zweiter Stelle. Sie bezweckt die Hebung der Ziegenzucht, besonders soll die einheimische, hornlose Wälderziege verbessert werden.

König Eduard in Portugal.

(Telegramme.)

* Lissabon, 7. April. Ihre Majestäten König Eduard und Königin Carlota sind heute mittag in Begleitung des Herzogs von Porto dem Handelsgericht einen Besuch ab. Seitens der portugiesischen Handelsvereinigungen wurde dem König von England eine Adresse in englischer Sprache überreicht. König Eduard hielt darauf ebenfalls in englischer Sprache eine Rede, in der er seinen Dank für den Empfang und die Adresse aussprach und erklärte:

Es ist mein heißer, inniger Wunsch, daß unsere beiden Länder Seite an Seite auf dem Pfad des Fortschritts und der Zivilisation wandeln mögen, und daß wir durch Einmütigkeit der Handelspolitik gemeinsam zur Ausdehnung des Handels in unseren beiden Ländern und unseren Kolonien beitragen mögen, deren unangefochtene Aufrechterhaltung der Gegenstand meiner teuersten Wünsche und meiner Bestrebungen ist.

Die Majestäten bestiegen sodann mit dem Gefolge bald nach 1 Uhr die königliche Galeere. Auf dem Quai war das diplomatische Korps erschienen, dessen Mitglieder König Eduard begrüßten. In Bord der Yacht König Eduards fand darauf ein Frühstück statt. Hierbei brachte der König von England einen Trinkspruch auf König Carlos aus, in dem er sagte:

Es besteht zwischen unseren beiden Nationen mehr als eine Allianz. Es gibt ein starkes Gefühl zwischen ihnen nicht nur des gegenseitigen Wohlwollens, sondern auch des gegenseitigen Vertrauens. Mein Land, wie das Ihre, das ist meine tiefere Empfindung, hat nur den einen Wunsch, nämlich die Ehre unserer Fahnen aufrecht zu erhalten und die Kolonien, die wir besitzen, zu bewahren, ohne die Befugnisse anderer zu schmälern.

In seiner Antwort erklärte König Carlos:

Ihr Besuch hat das Herz meines Volkes tief gerührt. Sie hätten ihm keinen glücklicheren Abschluß geben können, als durch die Rede, die Sie heute hielten. Sie können auf uns zählen als treue, loyale Freunde für immer.

Die Yacht mit dem König Eduard an Bord ging bald nach 5 Uhr in See. Zwei portugiesische Kreuzer begleiteten die Yacht 20 Meilen.

Die Ausstandsbewegung in Holland.

(Telegramme.)

* Haag, 7. April. Zweite Kammer. Der Justizminister erklärte den Zweck der Ausstände betreffenden Vorlage. Die Ausstände beruhen auf einem Zustande der Gesetzlosigkeit. Es sei Pflicht des Gesetzgebers, die persönliche Freiheit zu gewährleisten. Die Rechte und die gemäßigten Anteile von einer Besprechung der Vorlage ab, während die Sozialisten behaupten, die Vorlage sei durch den Sozialisten behauptet widerprochen. Tröstra (Soz.) bekämpfte sie in dreieinhalbständiger Rede, in deren Verlauf er mehrere Male zur Ordnung gerufen wird. Namens der Demokraten erklärt Drucker, der jetzige Zustand sei durchaus ungerechtfertigt, und trage den Charakter des politischen Anarchismus. Die Generaldiskussion wird hierauf geschlossen. Morgen findet die Einzelberatung statt.

* Rotterdam, 8. April. Die Lage im Hafen war gestern unüberändert. Nur auf den Schiffen, die gestern abgehen sollten, wurde gearbeitet. Die Ordnung auf dem Flusse wird durch Dampfbaracken aufrecht erhalten. Der Kreuzer „Holland“ ist vor der Stadt eingetroffen; auch eine 1000 Mann starke Abteilung Soldaten ist angelangt. Die Ankunft und Abfahrt der internationalenzüge ist gesichert. In der vergangenen Nacht ist ein von Rozendaal kommender Zug an der Weichbildergrenze Notterdams durch einen auf die Schienen gelegten Balken zum Stillstand gebracht worden. Es wurde kein Schaden angerichtet. Unter den Reisenden herrschte große Erregung.

* Rotterdam, 7. April. Die Maurer und Zimmerleute und die Arbeiter verwandter Gewerbe beschließen, in den Ausstand zu treten.

* Amsterdam, 8. April. Im Haag und in Amsterdam ist der Ausstand der Bäder im Augenblick als gescheitert anzusehen.

Die Lage in Marokko.

(Telegramme.)

* Madrid, 7. April. Nach einer Meldung aus Melilla schlossen 4000 aufständische Marokkaner den Hafenort Trojana ein. Ein Telegramm des „Liberal“ aus Tanger berichtet über einen Kampf der Abdadscha-, Zemmur- und Abdadscha-Stämme gegen die Schabia. Die Schabia hätten 180 Tote gehabt.

* Madrid, 8. April. Telegramme aus Melilla melden, daß der Kreuzer „Infanta Isabel“ dort Infanterie gelandet habe.

Ostasiatisches.

(Telegramme.)

* Peking, 8. April. Der frühere russische Finanzagent in Korea hatte Holzkonzessionen auf beiden Ufern des Yalu und entsandte kürzlich Agenten zur Ausbeutung der Konzessionen. Die Agenten fanden Japaner vor, die sich in den Besitz der Konzessionen gesetzt hatten und sich weigerten, den Platz zu räumen. Der russische Konzeßionär wandte sich an den Gouverneur in Port Arthur, der 800 Mann Infanterie und einige Kosaken nach dem betreffenden Gebiet absandte.

* Shanghai, 7. April. Durch Verstümmelung chinesischer Nachrichten bei der telegraphischen Uebersetzung wurde gestern gemeldet, daß Tschiang zum Vizekönig von Futschau ernannt worden ist. Jetzt erfährt man, daß Tschiang für diesen Posten ernannt worden ist. Dieser war früher Gouverneur von Honan und wurde wegen seiner fremdenfeindlichen Gesinnungen seines Amtes entsetzt. Daher erscheint seine Ernennung noch weniger willkommen als diejenige Tschiangs.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* Kopenhagen, 7. April. Nach der Abreise sandte Seine Majestät Kaiser Wilhelm an Seine Majestät den König von Dänemark folgendes Telegramm:

Seiner Majestät dem König!
Es ist mir ein Bedürfnis des Herzens, Dir nochmals meinen wärmsten Dank auszusprechen für die unvergesslichen schönen Tage, die ich bei Dir und im Kreise aller der lieben Deinen verbringen durfte. Vom Tage des glänzenden Empfangs an, den Du und die Bevölkerung Deiner schönen Hauptstadt mir bereitet hatten, bis zum letzten Augenblick, wo ich Dir Lebewohl sagen mußte, war der Aufenthalt für mich eine ungetrübte Freude. Empfangen meinen besonderen Dank dafür, daß Du mich in den Kreis Deiner Familie aufgenommen hast und sei überzeugt, daß ich mich fortan als Sohn des Hauses fühle. Ich bitte zu Gott, daß er Dein nächstes Geburtsfest für Dich, Dein Haus und Volk zu einem Tage der Freude gestalten und Dich noch lange in ungetrübter Gesundheit erhalten möge.
Wilhelm.

* Berlin, 7. April. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Seine Majestät der König von Dänemark vollendet morgen sein 85. Lebensjahr. Umgeben von zahlreichen Familienmitgliedern, die in Liebe und Verehrung zu ihrem Haupte emporblicken, begeht der König das Fest in seltener Friese des Geistes und des Körpers, von der er noch in den Tagen während des Besuchs des Kaisers erfreuliches Zeugnis abzulegen mannigfache Gelegenheit hatte. Mit den Angehörigen des Herrscherhauses vereinigt sich das dänische Volk, um den Ehrenfesttag des Monarchen zu begehen, unter dessen bald vierzigjähriger weiser Regierung das Land auf allen Gebieten des geistigen und materiellen Schaffens einen überaus großen Aufschwung erlebte. Auch von Deutschland werden dem ehrwürdigen Herrscher des Nachbarlandes die aufrichtigsten Glück- und Segenswünsche dargebracht. Mit ihnen ist die Hoffnung verbunden, daß die Vorjahre dem König noch lange Jahre in ungebrochener Gesundheit und Kraft gewähren möge, die in den Dienst des Volkswohls zu stellen immerdar Lebensziel des hohen Jubilars war.

* Berlin, 8. April. Auf der Rückfahrt von Kiel nach Berlin hörte Seine Majestät der Kaiser den Vortrag des Chefs des Militärkabinetts, Generalleutnants Grafen Sülzen-Gaeseler.

* Darmstadt, 8. April. Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen sind mit den Prinzen Sigismund und Heinrich hier eingetroffen.

* Stuttgart, 8. April. Der kürzlich seiner Stellung enthobene General der Kavallerie v. Sid, Gouverneur von Straßburg, ist nunmehr unter Verleihung des Kommandeurkreuzes des Militärverdienstordens zur Disposition gestellt.

* Paris, 8. April. Delcassé, welcher infolge Unwohlseins dem gestrigen Ministerrat nicht beiwohnen konnte, ließ dem letzteren die Mitteilung zukommen, daß auf Ansuchen des hiesigen französischen Gesandten die Ratifikationsfrist des französisch-siamesischen Vertrages bis zum 31. Dezember 1903 verlängert wurde. Ministerpräsident Combes gab bekannt, welche Maßnahmen im Einvernehmen mit dem Kriegsminister getroffen seien, um weitere Angriffe und Ueberfälle auf die französischen Befestigungen in der Gegend von Fagig (Südalgarien) zu verhindern.

* Haag, 8. April. Ihre Majestät die Königin Wilhelmina und Prinz Heinrich sind gestern nachmittag hier eingetroffen.

* Rom, 8. April. Die Stadt hat heute wieder das gewöhnliche Aussehen. Die Läden, Cafés und Wirtschaften sind geöffnet. Außer den Wädrudern freilen noch die Fialerkutscher, die Angestellten der Straßenbahn, Maurer und einige andere Arbeitergruppen.

* London, 7. April. Finanzsekretär Hayes Fisher teilt dem Hause mit, daß er seine Entlassung nachgesucht und Lord Balfour das Entlassungsgesuch angenommen habe. Fisher führt aus, sein Rücktritt sei durch eine an ihm und einem anderen Parlamentsmitgliede seitens eines Richters ausgeübte Kritik veranlaßt worden, vor welchem ein Prozeß in Sachen eines Privatbankrotts verhandelt wurde, in dem seine Person mitspielt. Er sucht seine Beziehungen zu dem Schiedsrichter darzulegen und erklärt: Er könne sich nicht vorstellen, unehrenhaft oder nicht geschäftsmäßig gehandelt zu haben und habe

seine Entlassung genommen, weil ihn die Kritik des Richters Angriffen aussetze und er jetzt der Regierung keine Stütze mehr, sondern nur ein Gemüts sein könne. Fisher, der mit großer Begeisterung sprach, fand auf allen Seiten herzlichen Beifall. Premierminister Lord Balfour drückte ihm für seine Dienste Anerkennung aus und führte aus, der Weg, den Fisher jetzt einschlug, würde die Werthschätzung, in der er stehe, nur erhöhen. Campbell-Bannerman erklärt, Fisher werde allgemeine Sympathie finden.

Cranborne bestätigt in Beantwortung einer Anfrage über den Angriff auf Mitrowitz die früheren Berichte und fügt hinzu, die Regierung hätte keine Nachrichten erhalten, aus denen hervorginge, daß die christliche Bevölkerung von Mitrowitz in besonderer Gefahr wäre. Anson (konf.) bringt einen Gesetzentwurf ein, der das gegenwärtige Londoner Schulamt abschafft und den Londoner Grafschaftsrat als höchste Behörde für das Londoner Elementarschulwesen einsetzt. Campbell-Bannerman spricht sich entschieden gegen den Gesetzentwurf aus. Das Unterhaus nahm die erste Lesung der Unterrichts-bill mit 159 gegen 77 Stimmen an.

* Konstantinopel, 8. April. Der Deutsche Kronprinz und Prinz Eitel Friedrich besichtigten gestern die Sehenswürdigkeiten Stambuls. Abends fand im Yıldizpalais ein großes Galadiner statt.

* Belgrad, 7. April. Gleichzeitig mit der Wiedereinsetzung der Verfassung wurde auch die bisherige Regierung wieder eingesetzt. Mit Ausnahme des früheren Ministers des Aeußern, Lozanitsch, verbleiben alle übrigen Minister im Amte. Das Portefeuille des Aeußern erhielt der Außenminister Denitsch. Von den neuernannten lebenslänglichen Mitgliedern des Senats sind 12 Altliberale, durchweg Anhänger des ehemaligen Regenten Jovan Ritsich, 7 ehemalige Fortschrittler und 5 Neutrale. Kein Kandidat wurde ernannt. Die zu wählenden Senatoren werden gewählt werden, nachdem die auf Lebensdauer ernannten Senatoren im Sinne der Verfassung ein provisorisches Wahlrecht nebst den Geschäftsordnungen für die Stupitina und den Senat ausgearbeitet haben werden. Der Präsident des Staatsrats, dessen Mitglieder durchweg dem Senate entnommen werden, ist General Anton Bogicebitsch. Die lebenslänglichen Mitglieder des Senats und Staatsrats sind bereits auf Grund der wieder eingesetzten Verfassung ernannt worden.

* Washington, 7. April. Eine Granate, die von dem vor der Stadt Santo Domingo liegenden Regierungsdampfer abgefeuert worden war, beschädigte, laut „N.Y. Jg.“, das deutsche Konsulat.

* Tanger, 8. April. Der englische Kreuzer „Cormoran“ ist hier eingelaufen, um die marokkanischen Abgesandten an Bord zu nehmen, die sich nach Gibraltar begeben sollen, um dort Seine Majestät den König von England im Auftrage des Sultans von Marokko zu begrüßen.

* Havana, 8. April. Präsident Palma hat eine Botschaft an den Kongreß gerichtet, in welcher er erklärt, die Verhandlungen über den Eintritt Kubas in den Postverein seien beendet. Die Regierung habe ferner verschiedene Auslieferungsvorträge ins Auge gefaßt, ebenso sei ein Handelsvertrag mit Großbritannien in Vorschlag gebracht worden.

Verschiedenes.

* Berlin, 8. April. Die Geburtstagsgabe des Kaisers an König Christian besteht aus einem Tischausatz in Rotofolien mit vier allegorischen Figuren aus Porzellan.

* Berlin, 8. April. Die außerordentliche Generalversammlung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft und die außerordentliche Generalversammlung der Union-Elektrizitäts-Gesellschaft genehmigten beide einstimmig den Vertrag über die Herstellung der Interessengemeinschaft der beiden Gesellschaften, sowie die dadurch notwendig gewordenen Statutenänderungen.

* Rom, 8. April. (Telegr.) Der 7. internationale Landwirtschaftliche Kongreß, dessen Beginn ursprünglich auf den 19. April festgesetzt war, soll bereits am 13. April eröffnet werden.

* Catania, 7. April. (Telegr.) Hier fanden starke Erderstürterungen statt, ferner werden Erdschütterungen aus Milo, Lingua Gossa, Mineo, Nicolosi und Pelpasso gemeldet.

Wetter am Dienstag, den 7. April 1903.

Hamburg, Münster und Metz zeitweise Regenschauer; Schweinmünde und Neufahrwasser anhaltend Regen; Breslau, Chemnitz und München nachts Regen.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 8. April 1903, vormittags 7 Uhr.

Triest bedeckt 10 Grad; Nizza wolfig 9 Grad; Florenz wolfig 9 Grad; Rom bedeckt 7 Grad.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrogr. vom 8. April 1903.

Die Luftdruckverteilung hat sich seit gestern sehr wesentlich verändert, indem ein barometrisches Maximum über dem Atlantischen Ozean westlich von Irland erschienen ist. Große Minima liegen über Südspanien und Nordwestfrankland und verursachen in fast ganz Mitteleuropa kühles und regnerisches Wetter. Voraussichtliche Witterung: trüb oder unbeständig, kühl, vorerst noch Niederschläge.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

April	Barom. mm	Therm. in C.	Wolfs. hoch. in mm	Feuchtigkeit in %	Wind	Himmel
6. Nachts 9 ⁰⁰ U.	753.5	7.6	5.4	68	SW	bedeckt
7. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	750.6	7.4	4.7	61	"	"
7. Mittags 2 ⁰⁰ U.	745.4	14.8	6.0	49	"	"
7. Nachts 9 ⁰⁰ U.	743.9	10.4	6.0	64	"	"
8. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	742.5	6.0	5.5	79	"	"
8. Mittags 2 ⁰⁰ U.	744.9	9.0	4.8	56	"	"

1) Sturm. 2) Regen.

Höchste Temperatur am 6. April: 10.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 6.0.

Niederschlagsmenge des 6. April: 0.0 mm.

Höchste Temperatur am 7. April: 15.2; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 6.0.

Niederschlagsmenge des 7. April: 0.9 mm.

Wasserstand des Rheins. Maxau, 7. April: 3.45 m, gefallen 1 cm. — 8. April: 3.45 m.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe.

Gestickte Blousen
Appenzeller Stickerei! abgepaßt! M. 4.35 bis ca. M. 80.—. Franko u. schon bezollt ins Haus geliefert. Preisliste mit Abbildungen umgehend. Seiden-Fabrik Henneberg, Zürich.

